



Protokoll

13. Sitzung des Gemeinderates Montag, 8. April 2019, 19:00 Uhr bis 20:35 Uhr Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Geschäftsleitung (GL), Konstituierung für das Amtsjahr 2019/2020
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl des 1. Vizepräsidiums
 - c) Wahl des 2. Vizepräsidiums
 - d) Wahl der Stimmenzählenden
- 4 Einzelinitiative 536/2019 von Moira Spohn: Klimanotstand, Änderung der Gemeindeordnung
- 5 Interpellation 530/2019 von Anita Borer (SVP), Giuseppe Biacchi (SVP), Ali Özcan (SP) und Markus Wanner (SP): Zeughausareal - Wie geht es mit der Mieterschaft weiter?
- 6 Postulat 526/2018 von Markus Ehrensperger (SVP), Giuseppe Biacchi (SVP) und Christoph Keller (SVP): Amtliche Publikationen als E-Mail-Newsletter
- 7 Postulat 528/2018 von Ivo Koller (BDP) und Marius Weder (SP): Verkehrssicherheit auf Gschwader- und Winikerstrasse erhöhen!
- 8 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Matthias Bickel (FDP), Präsident bis TOP 3a Ursula Räuftlin (Grünliberale), Präsidentin ab TOP 3b
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	32 Ratsmitglieder (inkl. Präsident bzw. Präsidentin)
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Jörg Schweiter, Stadtschreiber-Stellvertreter
Entschuldigt	Wolfgang Harder (CVP) Christoph Keller (SVP) Markus Wanner (SP) Larissa Weile (Grüne) Stadtrat Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Daniel Stein, Stadtschreiber
Presse	Laura Cassani, AvU Benjamin Rothschild, AvU

Der Präsident begrüsst Medienleute und die Zuschauer auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär (absolutes Mehr 17).

Änderung Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Fraktionserklärungen

Für die Grüne-Fraktion verliest Meret **Schneider** (Grüne) folgende Fraktionserklärung: *Also wenn es dann nur noch vegane Apéros gibt, ist bei Herrn Jürg Neff von Neff Concept Management eine Grenze erreicht. Sensibilisierung findet er in Ordnung, aber den Rahmen, gibt er zu bedenken, den Rahmen sollte man nicht aus den Augen verlieren.*

So war es im Anzeiger von Uster nach dem denkwürdigen Anlass zu den neuen Einkaufsempfehlungen der Stadt Uster zu lesen. Am 29. März 2019 präsentierte die Stadt Uster die neuen Einkaufsempfehlungen, die sich an Unternehmen, Einzelpersonen, aber auch an die Stadt selber richten und Vielversprechendes erahnen lassen. Man will nachhaltiger einkaufen in sämtlichen Bereichen von Textilien über Bürogeräte bis hin zu Nahrungsmitteln und „Caterings“: Die Umweltbelastung der konsumierten Produkte und genutzten Geräte soll möglichst reduziert werden. Natürlich, und das wurde mehrfach betont, ohne den Wettbewerb auf unfaire Weise zu verzerren oder einzelne zu stark zu benachteiligen, man ist ja auf gutem Fuss mit dem Gewerbe. Satz des Anstosses für Herrn Neff wird wohl der unscheinbare Nebensatz „zum Essen wird immer eine vegetarische Alternative angeboten, die auch vegan sein kann“ gewesen sein. Also keine „Veggie-Days“, nicht weniger Fleisch und Fisch, sondern schlicht auch eine vegetarische Alternative, die auch vegan sein kann. Um hier bereits Herrn Neff seine Angst vor dem veganen Essen zu nehmen: Spaghetti all`arrabiata oder Napoli sind im Übrigen bereits vegan, man braucht sich da gar nicht so sehr zu ängstigen. Im Vorfeld wurde bei der Präsentation eine Aufstellung präsentiert, die zeigte, in welchen Bereichen das grösste Einsparpotenzial läge und wie teuer eine Reduktion käme. Interessant: Bei der Ernährung besteht mit grossem Abstand das grösste Potenzial – zugleich fallen auch die geringsten Kosten bei der Umsetzung an, da es hier wirklich schlicht darum ginge, Tierprodukte durch pflanzliche Alternativen zu ersetzen und Regionales und Saisonales zu bevorzugen. „Win-Win“ könnte man meinen. Dennoch wurde das Thema in der Diskussion tunlichst totgeschwiegen und erst wirklich durch eine Publikumsfrage angesprochen. Die Stadt Uster werde sich bemühen, bei eigenen Apéros auf Nachhaltigkeit zu achten, sich an Labels zu orientieren und vegetarische Alternativen anzubieten. Taktisch geschickt wurde das Wort vegan umschifft, klingt zu extrem und womöglich nach Verzicht und wer will denn sowas. Ich könnte jetzt jede Menge Fakten aufzählen, inwiefern die sogenannte Nutztierhaltung das Klima ebenso sehr schädigt, wie der gesamte globale Verkehr, aber ich belasse es bei zwei Zahlen, die wirken.

Das Gewicht aller auf der Welt lebender Nutztiere ist zur Zeit 15 mal so hoch wie das Gewicht aller anderen Säugetiere zusammen. Man stelle sich dies vor. Und schweizspezifisch: pro Jahr importiert die Schweiz 1.2 Mio Tonnen Kraftfuttermittel für unsere Hühner, Schweine und Hochleistungskühe, 80 % des Soja aus Brasilien. Und nein, das Soja für den menschlichen Tofukonsum kommt tatsächlich primär aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, nicht aus Südamerika. Wie oft fälschlicherweise gesagt wird.

So und jetzt lasst uns wieder über Recyclingpapier reden. Gute Sache, nicht? Sollte die Stadt Uster unbedingt sofort umsetzen. Man war sich einig, Kopfnicken, ja nachhaltiger werden, das wollen wir und dann begab man sich zum Apéro. Und Herr Neff konnte aufamten: Es gab Canapés mit Schinken, Salami, Lachs (ich hoffe, aus dem Greifensee) und Käse, Würstchen im Teig und eine Weinsuppe auf Rahmbasis. Nichts Pflanzliches, kein Nüssli, kein Tomätli und man diskutierte angeregt weiter bei Schinken und Lachs und war sich einig. Und es gab Ustermer Hahnenwasser in Petflaschen. Ja, Lokalität ist halt schon auch wichtig.

Persönliche Erklärungen

Beatrice **Caviezel** (Grünliberale) verliest folgende Erklärung: *Vor gut einer Woche habe ich auf der Homepage der Stadt Uster nach den Abstimmungsvorlagen für den 19. Mai 2019 gesucht. Leider wurde ich nicht fündig. Ausser dem Datum, dass die Abstimmung wohl stattfindet, fand ich keine Angaben.*

Heute habe ich nochmals nachgeschaut, und es sind immerhin die Titel und die Formulierungen der einzelnen Vorlagen publiziert, über die wir bereits in 6 Wochen abgestimmt haben.

So steht zum Beispiel Titel: «Amtliches Publikationsorgan» - Formulierung: «Die städtische Website www.uster.ch wird amtliches Publikationsorgan der Stadt Uster» - Ebene: Gemeinde.

Das ist alles. Tolle Informationen.

Aber lieber Stadtrat, das ist mir einfach zu wenig. Ich bedanke mich schon jetzt dafür, dass so schnell wie möglich die zusätzlichen Informationen aufgeschaltet werden, bevor wir die Abstimmungsunterlagen Ende April erhalten.

Silvio **Foiera** (EDU) verliest folgende Erklärung: *Wir behandeln heute das Thema Klimakrise und sind angehalten den Klimanotstand auszurufen.*

Persönlich begrüsse ich, dass sich die sogenannte Klimajugend, eine Generation, welche aus meiner Sicht weitgehend im «gemachten Nest» aufgewachsen ist, substanzielle Fragen über ihren Ressourcenverbrauch stellt.

Wie allerdings Beispiele aus der Kanti Wetzikon zeigen, endet das Engagement auch bei den Jungen schnell mal hinten rechts – sprich am eigenen Portemonnaie.

So war der Zug für die Maturareise ab dann keine Option mehr, als die stark dynamischen Flugpreise unter das Niveau der Reisekosten für den Zug sanken. Wohlgemerkt, ohne dass der Zug teurer geworden war. Das Sparpotential, bzw Verzicht auf ein daraus resultierendes Reise-Sackgeld wiegt offenbar doch schwerer als Klimaziele.

Das Dogma, dass individuelle Verhaltensänderung kaum Effekt hat und die Thematik global angegangen werden muss, mag angesichts des 1‰ Bevölkerungsanteil der Schweiz an der Weltbevölkerung zunächst verfangen. Dies gilt aber auch für einen kompletten Shutdown der Schweiz, zumal die Schwellenländer gemäss COP21 keinerlei Einschränkung bis 2030 zu erwarten haben.

Dennoch können wir über unsere Kaufkraft Produktion und Versand deutlich steuern. Die Containerschiffe fahren nicht zum Selbstzweck von Shenzhen nach Rotterdam, sondern weil die Güter ihr Ziel hier haben. Lokale Produktion und Arbeit kostet. Ist uns das Klima dies wert?

Oder muss der Sprachaufenthalt in Neuseeland oder Kanada stattfinden statt im Welschland oder in Wales?

Ist uns das Klima Wanderferien in der Schweiz wert, statt billigem Badespass auf den Balearen oder der Karibik?

Sie sehen, individuelles oder intrinsisches Verhalten kann globale Systeme stärker beeinflussen als lokale Gesetze, welche lediglich eine Verteuerung bringen und vor allem diejenigen am stärksten treffen, die keine Wahloption haben. Somit gar asozial sind.

Ich mache der jungen Initiantin keinen Vorwurf, falsche Instrumente oder Formulierungen gewählt zu haben um ihr legitimes Anliegen in den Politbetrieb einzubringen.

Wohl aber hätte von dem parlamentarischen Götti durchaus erwarten können, nicht nur zur Einreichung zu ermutigen, sondern auch bezüglich Ratsbetrieb beratend zu begleiten.

1 Mitteilungen

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 29. Januar 2019 anstelle des aus dem Gemeinderat zurückgetretenen Daniel Pellegrini (FDP) mit Wirkung ab 20. März 2019 als gewählt erklärt (vergleiche Seiten 346 und 347):

Marc Thalman (FDP).

Der Ratspräsident heisst den neuen Kollegen willkommen und wünscht ihm für diese Amtstätigkeit alles Gute und viel Erfolg.

Der Ratspräsident gratuliert folgenden Gemeinderatsmitgliedern, die am 24. März 2019 in den Kantonsrat gewählt worden sind: Walter Meier (EVP, bisher) und Meret Schneier (Grüne, neu).

Zudem gratuliert der Ratspräsident den beiden Stadtratsmitgliedern, Karin Fehr Thoma und Stefan Feldmann, sowie dem Präsidenten der Sekundarschulpflege, Benno Scherrer, die am 24. März 2019 wieder in den Kantonsrat gewählt worden sind.

Die Gewählten erhalten einen Blumenstrauss. (Applaus)

Die Geschäftsleitung ist am Mittwoch, 20. März 2019 von der Präsidentin und den übrigen Mitgliedern des Büros des Generalrats von Murten (Legislative) im Rathaus von Murten zu einem Gedankenaustausch empfangen worden.

Für die Ratsmitglieder findet am Montag, 13. Mai 2019, 18 Uhr – vor der Ratssitzung – eine Informationsveranstaltung über die „Strategie 2030“ des Stadtrats statt.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 12. Sitzung des Gemeinderats vom 18. März 2019 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

3 Geschäftsleitung (GL), Konstituierung für das Amtsjahr 2019/2020

- a) Wahl des Präsidiums**
- b) Wahl des 1. Vizepräsidiums**
- c) Wahl des 2. Vizepräsidiums**
- d) Wahl der Stimmzählenden**

Zum Abschluss seines Amtsjahres hält Präsident Matthias **Bickel** (FDP) folgende Ansprache: *Bevor ich zu meiner letzten Amtshandlung komme – zur Stabsübergabe an unsere nächste Präsidentin des Gemeinderats, möchte ich mich zum Abschied noch mit folgenden Worten an Sie wenden: Vor einem Jahr durfte ich die Führung des Grossen Gemeinderats von Uster antreten. Es erfüllt mich mit Stolz, dieses Parlament mit seiner Tradition von bald 130 Jahren gelebter, parlamentarischer Demokratie durch ein weiteres Geschäftsjahr geführt haben zu dürfen.*

Es war ein intensives, spannendes, gutes Jahr. Ich habe viel gesehen und viel gelernt.

Wirken intern:

Allem voran war natürlich die parlamentarische Arbeit. Einige Dutzend Geschäfte haben wir beraten und verabschiedet: Viele kleine, aber auch einige grosse.

So sind wir beispielsweise mit der Annahme des Privaten Gestaltungsplans zum Gerichtsplatz unserer Lebensstadt mit lebendigem Zentrum einen Schritt näher gekommen. Einer Stadt, wo gewohnt, gearbeitet und die Freizeit verbracht wird – wo eben gelebt wird.

Andere gewichtige Themen wie die neue Abfallverordnung beschäftigten uns ebenso wie das emotionale Traktandum Abstellstellverordnung.

In diesem Rahmen erhielten wir alle auch eine Auffrischung unserer GO und GeschO GR. Denn es gab im vergangenen Jahr doch die eine und andere nicht ganz alltägliche Abstimmung.

Apropos! Mir selber musste ich folgendes Bonmot auffrischen: Lobe den Tag nicht vor dem Abend. Denn: Als Ratspräsident geht man davon aus, dass nach der Königin der Sitzungen – die Budget-Doppelsitzung im Dezember, das Größte überstanden und man den Frachter nun in ruhigen Wassern bis zum April sicher in den Hafen führen könne. Nicht so in diesem Jahr: Durch die beiden oben erwähnten grossen Geschäfte entstanden zwei regelrechte Mammutsitzungen mit derart vielen Änderungsanträgen, wie wir alle sie nicht jeden Tag erleben. Aber man wächst an seinen Herausforderungen. Und wir haben es gemeinsam gemeistert.

Apropos: Es bleibt spannend – auch im neuen Geschäftsjahr: Das neue Gemeindegesetz mit der Revision der Gemeindeordnung (GO) und Geschäftsordnung des Gemeinderates (GeschO GR) wird uns im neuen Jahr nun konkret beschäftigen.

Des Weiteren haben wir die Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Geschäftsleitung des Gemeinderats weiter intensiviert. Mit der neuen personellen Besetzung auf beiden Seiten musste man sich auch erst einmal kennenlernen. Und es zeigt sich, dass man mit einer guten Zusammenarbeit die demokratische Gewaltenteilung leben kann – oder noch besser: bewusst leben kann. Und das hilft schlussendlich allen.

Wirken extern:

Neben dem parlamentarischen Wirken gab es natürlich auch viele persönliche Höhepunkte ausserhalb des Stadthauses – als Repräsentant des Gemeinderats oder der ganzen Stadt Uster, zum Beispiel:

- *Besuch des Jubiläums 60 Jahre Gemeinderat Dietikon*
- *Besuch der GV der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP) in Chur*
- *Ratsausflug an den Bodensee in meinen zweiten Heimatkanton, dem Kanton Thurgau*

Oder wir waren die Gastgeber:

- *Am 1. August 2018 mit dem Empfang von Nationalrätin Petra Gössi, Präsidentin FDP Schweiz. Eine Ehre für mich als Gemeinderatspräsident, der ja jeweils die Vorrede hält.*
- *Anfang Dezember: Empfang "unseres" neuen Ustermer Nationsrats Daniel Frei, zusammen mit der Stadtpräsidentin.*
- *Empfang „unserer“ erfolgreichen Ustermer Sportlerinnen und Sportler, die mit ihren diversen Medaillen den Namen „Uster“ in die Welt getragen haben.*

In vielen persönlichen Kontakten bei Anlässen der Stadt oder bei Besuchen in Ustermer Vereinen durfte ich meine Wahlstadt noch besser kennenlernen. Diese persönlichen Kontakte bedeuten mir als „Zugewanderter“ viel.

Dank:

So möchte ich zum Schluss allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr danken. Einen besonderen Dank geht dabei an den Parlamentsdienst mit Daniel Reuter und Monika Füllemann für ihre tadellose und kompetente Unterstützung während der ganzen Zeit – auch ausserhalb der normalen Arbeitszeiten. Dem Stadtweibel gebührt ebensolcher Dank für seine Unterstützung vor, während und nach den Ratssitzungen. Auch meiner Fraktion, der FDP-Fraktion, möchte ich für ihre direkte und indirekte Unterstützung herzlich danken, da sie mir den nötigen Freiraum gewährte, den ein Ratspräsidium abverlangt.

Dem Gemeinderat und der ganzen Stadt wünsche ich weiterhin prosperierendes Gestalten – auf dass wir uns als Ustermerinnen und Ustermer verstehen, die trotz unterschiedlicher Weltanschauungen einander zuhören und das Beste für die ganze Stadt herauschälen können!

Nun ist das Jahr also um. Soll das neue beginnen! Voraussichtlich werden wir heute ausschliesslich Frauen ins Präsidium wählen. Ob angesichts der drei Frauen das Wort „Bock“ noch zutrifft? (Heiterkeit im Saal)

Meiner Nachfolgerin wünsche ich dabei ein erfolgreiches Amtsjahr mit viel Erfüllung und vielen neuen Eindrücken. Vielen Dank! (Applaus)

Die Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums erfolgt geheim (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR in Verbindung mit §§ 26 und 31 Gemeindegesetz). Das gilt auch für die Wahl der Kommissionsmitglieder, sofern mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR).

Im ersten Wahlgang und im zweiten Wahlgang gilt das absolute Mehr, im dritten Wahlgang das relative Mehr (§ 31 Gemeindegesetz).

Während eines Wahlgangs darf sich die Zahl der stimmberechtigten Ratsmitglieder nicht verändern. Die Ratsmitglieder sind an die Wahlvorschläge nicht gebunden. Wählbar ist jedes Ratsmitglied mit Ausnahme des abtretenden Präsidenten, der für das folgende Jahr weder für das Präsidium noch für das Vizepräsidium wählbar ist (Art. 4 Abs. 2 GeschO GR).

Die Geschäftsleitung amtiert als Wahlbüro (Art. 35 Abs. 2 GeschO GR). Die Wahlprotokolle sind jeweils vollständig auszufüllen.

a) Geschäftsleitung, Wahl des Präsidiums

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor:
Ursula Räuftlin (Grünliberale).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	32
eingegangene Wahlzettel	32
-leere Wahlzettel	3
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	29
absolutes Mehr	15
Gewählt ist Ursula Räuftlin mit Stimmen:	27
Ferner erhielten Stimmen:	
Wolfgang Harder	1
Paul Stopper	1
massgebende Wahlzettel	29

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Ursula Räuftlin (Grünliberale) wird als Präsidentin für das Amtsjahr 2019/2020 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

Präsidentin Ursula **Räuftlin** (Grünliberale) übernimmt den Vorsitz und hält folgende Ansprache: *Besten Dank für das Vertrauen, das mir mit dieser Wahl entgegengebracht wird. Ich werde diese Wahl gerne annehmen und mich im kommenden Jahr dieser verantwortungsvollen Aufgabe widmen.*

Bedanken möchte ich mich auch bei meiner Partei, der GLP Uster, die mich für dieses Amt vorgeschlagen hat und mich tatkräftig unterstützt. Beispielsweise bei der Organisation der an die Ratssitzung anschliessenden Wahlfeier. An diese sind Sie im Anschluss an diese Sitzung herzlich eingeladen. Ich persönlich weiss nicht mal, wohin es gehen wird, weshalb Sie dann einfach meinen Parteikollegen folgen können.

Ein weiterer Dank geht an meine Fraktion. Die Zusammenarbeit dieser aus vier verschiedenen Parteien zusammengesetzten Gruppe funktioniert bestens und macht grossen Spass. Auf mein Jahr als Gemeinderatspräsidentin hin übergebe ich das Amt des Fraktionspräsidenten vertrauensvoll in die Hände von Beatrice Caviezel.

Ein Merci geht auch an meinen Vorgänger Mats Bickel und die weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung des Gemeinderates. Auch in diesem Team funktioniert die Zusammenarbeit sehr gut, Diskussionen werden immer sachlich geführt und Entscheide in überraschender Einigkeit gefällt. Ich freue mich, dass uns Mats als Stimmenzähler weiterhin erhalten werden soll.

Ein grosses Merci geht auch an unsere Parlamentsmitarbeiter Daniel Reuter und Monika Füllemann. Ich weiss, dass ich mich in diesem Jahr auf ihr grosses Engagement und ihr Fachwissen verlassen können.

Und das letzte, aber eigentlich das grösste „Merci“ geht an meinen Mann und meine Kinder, die seit Jahren an vielen Abenden auf meine Anwesenheit zu Hause verzichten müssen. Besten Dank für das Verständnis und die Unterstützung.

Was erwartet uns nun im kommenden Jahr? Uns Gemeinderäten werden weiterhin viele und teilweise auch grosse Aufgaben bevorstehen. Der Prozess zur Überarbeitung unserer Gemeindeordnung hat begonnen und auch „Stadtraum 2035“ und das Zeughausareal werden uns in den nächsten Monaten oder sogar Jahren noch weiter beschäftigen.

Politische Prozesse brauchen Zeit, um seriös erarbeitete, gut austarierte Ergebnisse hervorzubringen. Um die eigenen politischen Ziele in mehrheitsfähige Anliegen zu verpacken, braucht es sorgfältige Vorbereitungen, engagierte Diskussionen und viel Ausdauer. Kurzfristige Hauruckübungen sind meist nicht sehr erfolgreich.

Ich wünsche mir vom Parlament, dass man sich der Verantwortung seinen Wählern gegenüber bewusst ist und deshalb das Amt als Gemeinderat mit dem nötigen Engagement und der notwendigen längerfristigen Verpflichtung wahrnimmt. Dazu gehört neben der Teilnahme an sämtlichen Rats- und Kommissionssitzungen auch die Teilnahme an gesellschaftlichen Anlässen wie dem Ratsessen und dem Ratsausflug. Solche Anlässe dienen nämlich wesentlich dazu, sich auch mal fraktionsübergreifend und in ungezwungenem Rahmen austauschen zu können. Nicht wenige sinnvolle erfolgreiche Vorstösse in den letzten Jahren gehen nämlich auf den Austausch in solchen ungezwungenen, parteiübergreifenden Runden zurück. Das sorgfältige Studieren der Akten auf die Kommissionssitzungen hin ist ebenso wichtig, wie das sorgfältige Erarbeiten von eigenen Vorstössen.

Nicht vergessen dürfen wir aber dabei, dass das Gemeinderatsamt ein Milizamt ist. Fast alle von uns sind auch beruflich sehr engagiert. Es wäre aus meiner Sicht deshalb erstrebenswert, wenn sich der zeitliche Aufwand für das Gemeinderatsamt wieder etwas reduzieren lassen könnte. Sei es, indem die Voten im Rat kürzer ausfallen und somit nicht jede Sitzung zu einer Doppelsitzung mutiert. Oder aber indem Anliegen, die sich direkt mit der Verwaltung oder dem Stadtrat klären lassen, gar nicht erst in unnötige Vorstösse verpackt werden.

Die Flut von Anträgen und Vorstössen führte in der Vergangenheit nicht nur zu viel Arbeit, sondern auch zu riesigen Papierstapeln, die sich bei jedem einzelnen Parlamentarier zu Hause angesammelt haben. Als Grünliberale freut es mich deshalb besonders, dass die Geschäftsleitung beschlossen hat, auf dieses Amtsjahr hin auf den Papierversand endlich zu verzichten.

Mein Bestreben besteht also in erster Linie darin, den Gemeinderatsbetrieb soweit möglich ökologischer, effizienter und weniger zeitintensiv zu gestalten. Damit die heutige Sitzung auch nicht zu lang wird, schreiten wir nun zügig zu den Wahlen des 1. Vizepräsidenten. (Applaus)

b) Geschäftsleitung, Wahl des 1. Vizepräsidiums

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor:
Karin Niedermann (SP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	32
eingegangene Wahlzettel	32
-leere Wahlzettel	1
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	31
absolutes Mehr	16
Gewählt ist Karin Niedermann mit Stimmen:	31
massgebende Wahlzettel	31

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Karin Niedermann (SP) wird als 1. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2019/2020 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

c) Geschäftsleitung, Wahl des 2. Vizepräsidiums

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor:
Anita Borer (SVP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	32
eingegangene Wahlzettel	32
-leere Wahlzettel	1
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	31
absolutes Mehr	16
Gewählt ist Anita Borer mit Stimmen	28
Ferner erhielten Stimmen:	
Gisueppe Biacchi	1
Hans Denzler	1
Barbara Keel	1
Massgebende Wahlzettel	31

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Anita Borer (SVP) wird als 2. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2019/2020 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

d) Geschäftsleitung, Wahl der Stimmenzählenden

Der Präsident der Infraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor: Matthias Bickel (FDP, neu), Patricio Frei (Grüne, bisher) und Balthasar Thalmann (SP, bisher).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Präsidentin erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt. Sie übernehmen sofort ihr Amt.

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Matthias Bickel (FDP), Patricio Frei (Grüne) und Balthasar Thalmann (SP) werden als Stimmenzähler für das Amtsjahr 2019/2020 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

4 Einzelinitiative 536/2019 von Moira Spohn: Klimanotstand, Änderung der Gemeindeordnung

Von Moira Spohn, Feldhofstrasse 32, 8610 Uster, ist am 6. März 2019 folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

Die in der Gemeinde Uster wohnhafte unterzeichnende Stimmberechtigte stellt gestützt auf §§ 146 ff. des Gesetzes über die politischen Rechte in der Form der allgemeinen Anregung folgendes Begehren:

Im Sinne einer allgemeinen Anregung ist die Gemeindeordnung der Stadt Uster wie folgt zu ändern:

Die Stadt Uster erklärt den Klimanotstand und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.

Die Stadt Uster wird die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Geschäften berücksichtigen und wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.

Die Stadt Uster orientiert sich für zukünftige Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere im Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.

Der Stadtrat von Uster informiert die Bevölkerung Usters umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Massnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden.

Der Initiativtext gilt sinngemäss auch für die Sekundarschulgemeinde Uster.

Begründung

Am Samstag, 2. Februar 2019, folgten rund 60'000 Menschen aus der Schweiz dem Aufruf zahlreicher engagierten Schülerinnen und Schüler und gingen auf die Strasse. Sie forderten und werden auch in Zukunft fordern, dass Verantwortlichen in der Schweizer Politik sofort effizient und konsequent handeln, damit die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden kann.

Wir Schülerinnen und Schüler sprechen aus, was uns allen schon lange bewusst ist. Es ist Zeit zu handeln: Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter global um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar machen. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in der Schweiz wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Wintertourismus von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloss ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Massnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Massnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!

Die Einzelinitiative bedarf zur weiteren Behandlung der vorläufigen Unterstützung von mindestens 12 Mitgliedern des Gemeinderats (§ 155 Bst. b GPR in Verbindung mit Art. 11 Abs. 3 GO und Art. 51 Abs. 1 GesCh GR).

Stadtrat und Sekundarschulpflege prüfen die Einzelinitiative erst nach ihrer vorläufigen Unterstützung auf ihre Gültigkeit. Wird die Einzelinitiative vorläufig unterstützt, haben Stadtrat und Sekundarschulpflege innert 18 Monaten Bericht und Antrag dem Gemeinderat vorzulegen (§ 139a GPR).

Die Einzelinitiantin kann erst bei der materiellen Beratung, d. h. bei Vorlage von Bericht und Antrag des Stadtrates und der Sekundarschulpflege ihr Anliegen persönlich begründen und an den Verhandlungen mit beratender Stimmen teilnehmen, falls ein entsprechendes Gesuch von mindestens einem Viertel der anwesenden Ratsmitglieder unterstützt wird (§ 138c Abs. 2 i.V.m. § 139a Abs. 2 bzw. § 139b GPR).

Für die SP-Fraktion referiert Florin **Schütz** (SP): *Als erstes möchte ich einen Dank aussprechen: Liebe Moira Spohn, ich und die ganze SP-Fraktion danken dir für dein Engagement. Danke, dass du den Protest von tausenden streikenden Jugendlichen und zehntausenden Menschen, die für den Klimaschutz auf die Strasse gehen, in die institutionelle Politik trägst. Und um es gleich vorweg zu nehmen – selbstverständlich unterstützt die SP-Fraktion die Forderung eines Klimanotstandes. Die Meeresspiegel steigen, Gletscher verschwinden, Lebensräume unzähliger Lebewesen werden zerstört und auch die Menschheit ist zunehmend von den Folgen der Klimakrise betroffen. Während FDP und insbesondere die SVP der Bevölkerung predigen, dass eigentlich alles in Ordnung sei, ist sich die Wissenschaft einig: Wir haben ein riesiges Problem. 2015 wurde in Paris beschlossen, die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad bzw. möglichst 1.5 Grad zu halten. Auch die Schweiz hat dieses Abkommen ratifiziert. Will man dieses Ziel erreichen, so bräuchten wir allerspätestens bis 2050 Netto-Null CO₂-Emissionen. Die Zeit ist also denkbar knapp und noch sind wir meilenweit vom Ziel entfernt. Es ist daher im Interesse von uns allen, die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität zu definieren. Uster soll analog zu anderen Gemeinden wie Basel, Olten oder Delsberg den Klimanotstand ausrufen, daraus dann auch konkrete Massnahmen ableiten, noch mehr in die Bekämpfung der Klimakrise investieren wie bisher und das Ziel von Netto-Null-Emissionen ständig im Blick behalten. Das sind wir unserer Erde, ihren Lebewesen und allen zukünftigen Generationen schuldig.*

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei** (Grüne): *Diese Einzelinitiative wirft einige Fragen auf. Ich versuche auf die drängendsten eine Antwort zu geben: Gibt es den Klimawandel überhaupt? Die Frage taugt nicht als Einstieg für ein interessantes Gespräch. Das klingt ähnlich spannend wie die Auseinandersetzung, ob die Erde eine Kugel ist oder ob sich vielleicht doch die Sonne um die Erde dreht. Der Klimawandel ist wissenschaftlich bewiesen und bereits heute spürbar: Extreme Wetterlagen werden häufiger und intensiver, Waldbrände in Kalifornien, Überschwemmungen in Afrika. Und bei uns schwinden die Gletscher und taut der Permafrost. Und auch unsere Bauern haben den letzten Hitzesommer in keiner guten Erinnerung. Weshalb soll ausgerechnet Uster den Klimanotstand erklären? Jede Schweizerin und jeder Schweizer verursacht pro Jahr 14 Tonnen CO₂-Emissionen. Wenn wir den Klimawandel stoppen wollen, dürften es höchstens 1.5 Tonnen sein. Das bedeutet, dass wir unseren Ausstoss um 90 % reduzieren müssen. Eine Herkulesaufgabe! Das bedingt, dass alle Landesregierungen entsprechende Massnahmen beschliessen und umsetzen, aber auch jede Gemeinde und jede Einzelperson. Also wir als Stadt, aber auch jede und jeder einzelne sind gefordert. Zwar wird Uster allein den Klimawandel nicht aufhalten, aber wir müssen unseren Teil zur Lösung beitragen. Uster hat ja schon den Nachhaltigkeitsartikel – wozu braucht es denn noch einen Klimanotstand? Der Nachhaltigkeitsartikel verlangt, dass die Stadt Uster den CO₂-Ausstoss und den Energieverbrauch kontinuierlich reduziert. Gewissermassen verlangt er, den Bestand zu verkleinern. Die Einzelinitiative verlangt aber die Umkehrung unseres Denkens: Was können wir tun, um möglichst wenig CO₂ zu verursachen? Ist ein Klimanotstand nicht bloss einfach symbolisch? Ja, genau, es geht um ein Symbol, genau genommen um einen Weckruf: Dem Kanton und dem Bundeshaus soll aufgezeigt werden, dass wir alle gefordert sind und zwar jetzt. Und wir sind nicht allein: Die Städte Basel, Olten und Delsberg sowie der Kanton Waadt haben bereits den Klimanotstand erklärt. Aber der Klimanotstand ist weit mehr als nur ein Symbol. Wir diese Einzelinitiative umgesetzt, hat dies handfeste Folgen. Etwa, wie wir unsere Häuser bauen, wie wir unsere Stadt bis 2035 und darüber hinaus entwickeln, wie wir uns fortbewegen, wie wir uns ernähren. So wie uns der sorgfältige Umgang mit den Stadtfinanzen am Herzen liegt, muss der Schutz des Klimas Teil unserer politischen DNS werden. Ist ein Notstand nicht etwas eine übertriebene Formulierung? Ich erinnere mich an 2008, als der Klimagipfel in Kopenhagen anstand. Man sprach von der letzten Chance für das Klima: 5 vor 12. Die Chance wurde vertan. Heute, elf Jahre später, ist das Pariser Abkommen unterzeichnet, aber davon ist bislang immer noch nicht viel zu merken. Bis 2030 müssten wir den CO₂-Ausstoss halbieren. Wir sind zeitlich also genau in der Hälfte zwischen Kopenhagen und 2030 – die Zeit läuft uns davon. Vielleicht ist sie sogar schon abgelaufen. Deshalb der Notstand.*

Der Klimanotstand macht uns deutlich, dass wir nicht weitermachen können wie bisher. Er fordert uns heraus, dass wir einen anderen Umgang mit unseren Ressourcen finden. Beispiel Energie: Kaum jemand in diesem Saal wird etwas dagegen haben, das bei uns auf den Dächern, in den Häusern, im Boden aber auch in den Wäldern schlummernde Potential effizienter und konsequenter zu nutzen – und so weniger abhängig von Putin und den Scheichs zu werden. Deshalb ist der Klimanotstand auch eine Chance: Packen wir sie!

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Mary **Rauber** (EVP): *„Uster wächst und schafft die planerischen Grundlagen für ein klimafreundliches, nachhaltig qualitatives Wachstum der Stadt“, das sind nicht etwa Worte unserer Fraktion. Sie stehen in der Strategie des Stadtrat, welche vor einer Woche veröffentlicht wurde. Wir freuen wir uns über ein solches Bekenntnis. Wir haben uns aber auch gefragt, was es in der Praxis bedeutet und bitten den Stadtrat konkreter zu werden. Wie soll der Klimawandel eingedämmt werden? Die vorliegende Einzelinitiative ist dazu eine allgemeine Anregung.*

Seit 2001 ist Uster Energiestadt und die kontinuierliche CO₂-Reduktion ist bereits in der Gemeindeordnung festgelegt. Im Spinnendiagramm des Gütesiegels ist aber ersichtlich, dass das energiepolitische Handlungspotential bei den kommunalen Gebäuden und Anlagen liegt. Als Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion fordern wir den Stadtrat deshalb auf, die Sanierung der eigenen Gebäude aktiv anzugehen und auf der Prioritätenliste nach oben zu verschieben.

Wir von der Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion sind von all den jungen Leuten, welche für ihre Zukunft auf die Strasse gehen, beeindruckt. Viele Forscher haben sich hinter die Anliegen der Klimademonstranten gestellt und wenn wir die Erderwärmung begrenzen wollen, muss jeder von uns etwas tun. Die Kritik an den Forderungen der Jungen ist in einem Punkt deshalb auch berechtigt: Nur reden, ohne selber etwas zu tun, ist keine Option. Nur: Sind wir Erwachsenen besser? Welche konkreten Massnahmen lassen wir auf unsere Worte folgen?

Ein 21-jähriger deutscher Baumpflanz-Aktivist fordert eine weltweite Erhöhung des Baumbestandes um ein Drittel, womit etwa ein Viertel des menschengemachten CO₂ aufgenommen werden könnte. Das löse die Klimakrise nicht, verschaffe uns aber Zeit, so Felix Finkbeiner letzte Woche bei Lanz in seiner „Talkshow“. Aus seinem Engagement entstand die Organisation „Plant for the Planet“. Es gibt die Tradition, für jedes neugeborene Kind einen Baum zu pflanzen. Ein schönes Zeichen von Hoffnung und Zukunft. Um Bäume pflanzen zu können, muss man aber Land besitzen und das ist nur den Landbesitzern möglich. Wir von der Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion sind der Meinung, dass Bäume pflanzen eine öffentliche Aufgabe geworden ist. Damit könnte die CO₂ Reduktion auf effiziente Art und Weise gefördert und zudem die Gemeindeordnung umgesetzt werden.

Wir von der Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion unterstützen die Einzelinitiative.

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser** (FDP): *Was will diese Einzelinitiative genau? Die Eindämmung des Klimawandels soll per Gemeindeordnung zur Aufgabe von höchster Priorität erklärt werden. Dazu soll der Notstand ausgerufen werden.*

Was bedeutet es, den Notstand auszurufen? Es bedeutet normalerweise, dass die Entscheidungskompetenzen der Exekutive stark ausgebaut werden. Im Gegenzug werden die demokratischen Entscheidungskompetenzen von Bevölkerung und Parlament in einem Sachbereich aufgehoben oder zumindest stark eingeschränkt. Was die vorliegende Initiative in dieser Hinsicht will, ist nicht klar. Von einem Ausbau der Entscheidungsbefugnisse des Stadtrats ist nicht ausdrücklich die Rede. Aber wenn man ein Thema zur „Aufgabe höchster Priorität“ ernennen will, ist klar, dass damit die Entscheidungsspielräume insbesondere von Parlament und Bevölkerung klar eingeschränkt werden sollen. Andere öffentliche Interessen – finanzieller oder auch sozialer Art – hätten per Dekret das Nachsehen.

Als Demokrat bin ich klar dagegen, Entscheidungsspielräume per Gesetz einzuengen. Das gilt für Massnahmen gegen die Klimaerwärmung, wie auch schon für die Veräusserung von städtischem Boden. Wenn wir uns in diesem Saal selber nicht mehr trauen und auch unserer Bevölkerung die nötige Entscheidungskompetenz absprechen – auch in Klimafragen -, dann stellen wir die Demokratie in Frage. Das finde ich sehr bedenklich. Ja, die Klima-Erwärmung braucht Gegenmassnahmen.

Aber je einschneidender Massnahmen gegen die Klimaerwärmung sein sollen, desto besser müssen sie demokratisch legitimiert sein. Notstandsregelungen jedwelcher Art haben per se nicht die nötige Legitimation und Akzeptanz, um ein Problem dauerhaft lösen zu können. Zudem fände ich es stossend, wenn die Ausrufung des Notstands als politisches Modell Erfolg hätte, selbst wenn dieser Begriffe nur als Etikett gedacht sein sollte. Es wäre eine Einladung, den Notstand – je nach Interesse – für ganz andere Themen ausrufen zu lassen. Wie wäre es mit einem Finanz-Notstand in Zeiten von Finanzknappheit, mit dem die Kosteneinsparung „zur Aufgabe von höchster Priorität“ ernannt würde? Oder mit einem Sicherheitsnotstand, bei welchem die Polizei ermächtigt würde, eine Person bereits bei kleinstem Fehlverhalten zu verhaften. Wir alle kennen ein Land, in dem der Präsident per Notstand ein Wahlkampfversprechen erfüllen will, nämlich eine Mauer zu bauen. Wir sollten auf das demokratiepolitisch höchst zweifelhafte Spiel mit diesem Begriff verzichten und uns über das Funktionieren unserer demokratischen Institutionen freuen. Copy-paste-Vorstösse wie dieser lösen kein einziges Problem. Dafür kann man die andernorts geführten Diskussionen dazu nachlesen. Und wenn die SP der Stadt Zürich diese Initiative ablehnt mit der Begründung, sie sei ihr zu populistisch, dann kann ich mich ihr für einmal nur anschliessen.

Paul Stopper (BPU): *Ich danke dem abtretenden Präsidenten dafür, dass er diese Einzelinitiative auf die heutige Tagesordnung gesetzt hat. Nun: Notstand oder kein Notstand? Das ist hier die Frage! Oder anders ausgedrückt: Wann handelt die Politik überhaupt? Die Erfahrung lehrt: eigentlich nie, ausser es geht um persönliche Interessen oder es ist spät, ja vielfach eben zu spät. Was ist überhaupt ein Notstand? Auch hier gibt es keine klare Antwort. Aber dass in unserer Welt hinsichtlich des Klimas zurzeit etwas anders läuft als auch schon, das kann ja im Ernst niemand mehr bestreiten. Und auch nicht, dass dabei der CO₂-Ausstoss eine Rolle spielt. Nur, was können wir dagegen tun? Dass die Jugend dagegen demonstriert, ist als deutliches Alarmzeichen zu werten. Der Weg der Einzelinitiantin Moira Spohn mit ihrem Vorstoss ist der richtige. Die Politik kann durchaus etwas bewirken, so vor allem im Verkehr. Die Zielrichtung des Stadtrates mit der «Stadtentwicklung 2035» ist dabei eine richtige Handlungsschiene. Nämlich mit Umsteigen auf öV und den umweltfreundlichen Fuss- und Radverkehr. Nur, wie der Stadtrat diese beiden Verkehrsarten wirklich und wirksam und vor allem sofort fördern will, das hat er noch nicht dargelegt. Mit der Unterstützung der Einzelinitiative können wir ihn darin etwas unterstützen (auf Zürichdeutsch: «Bei mache»). Und jetzt zu meinem inneren Antrieb, diese Initiative zu unterstützen, ist natürlich der Verkehr. Rund 38 % der gesamten Treibhaus-Emissionen in der Schweiz stammen vom Verkehr, davon rund ¾ von den Personautos und den LKW's. Der Rest wird durch den Luft- und Schiffsverkehr verursacht, wobei der CO₂-Ausstoss der Flugzeuge besonders schädlich ist, weil er in die hohen Luftschichten verfrachtet. Wir im Kanton Zürich stehen noch gut da – dank des Einsatzes von Regierung und Volk für die S-Bahn (an welcher ich massgebend mitwirken durfte). Also da können wir kurzfristig ansetzen – wie das der Ustermer Stadtrat ja mit seiner Umsteigestrategie auch vorsieht. Mehr öV und weniger Autos. Mit weiterem und forciertem Ausbau der S-Bahn (Doppelspur Uster Aathal, Haltestelle Oberuster, Stadtbahn Oberland) und einem erweiterten Busnetz in und um Uster kann ein grosser Teil des motorisierten Verkehrs aufgenommen werden. Der öV in Uster und Umgebung muss aber bedeutend attraktiver werden als heute. Mit einen attraktiven öV werden die Menschen auch freiwillig umsteigen. Noch etwas zur Abfallbeseitigung. Ich habe bei der Abfallverordnung den Antrag gestellt, die Wertstoffe mit der Bahn zu transportieren. Diesen Antrag hat die SP-Fraktion mit dem Argument abgewunken, das sei nicht vordringlich und der Effekt sei zu gering. Wo sollen denn wir beginnen, wenn nicht im Kleinen? Mit der Verlagerung von Gütern von der Strasse auf die Bahn kann auch ein Beitrag zur Sicherheit auf der Strasse gelistet werden. Unsere beiden «stadträtlichen» und die beiden «gemeinderätlichen» Kantonsräte können die Ideen direkt in die kantonale Politik einbringen. Dazu müssen jedoch auf Gemeinde-Ebene geschickte Ideen entwickelt werden.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Silvio **Foiera** (EDU): *Ist eine Aufhebung des Denkmalschutzes gewünscht? Ein Bus hat einen durchschnittlichen Verbrauch von 9 Liter pro Person, weil er nicht immer fahren kann. Ich möchte auch hier an das Postulat emissionsfrei erinnern. Hier haben wir es in der Hand zu handeln. Im Momentum der #FridaysForFuture Bewegung wurde auch in unserer Stadt die Forderung nach Ausrufung des Klimanotstands, bzw dessen Verankerung in der Gemeindeordnung eingebracht. Im Wesentlichen werden vier Punkte postuliert:*

- *Ausrufung des Klimanotstands & Verankerung in der Gemeindeordnung*
- *«Climate First!»-Strategie*
- *#3 (...)?*
- *"umfassende" Information der Bevölkerung.*

Das Ausrufen des Notstands erlaubt die Anwendung von Notrecht, also die Ausserkraftsetzung des parlamentarischen Prozesses, um einer akuten Notsituation zu begegnen, welche die Stadt oder deren innere Sicherheit gefährdet. Konkret bedeutet das das Recht zu Zwangsmassnahmen, Enteignungen, Ausgaben ausserhalb des Budgets. Diesen Massnahmen muss jedoch immer eine Verhältnismässigkeit zu Grunde liegen und sie sind zeitlich befristet.

Die Bundesverfassung kennt implizites Notrecht in im Art. 185 Abs. 3 und 4, wobei bei Abs. 4 die Aufbietung von Militär in Mannzahl und Einsatzdauer strikt limitiert ist und durch die Bundesversammlung ratifiziert werden muss, also wieder dem parlamentarischen Prozess unterworfen ist. Der Bundesrat selbst weist jedoch darauf hin, dass diese Massnahmen äusserst restriktiv zu handhaben sind.

In einer Antwort auf die Anfrage KR-Nr. 392/1993 schreibt der Regierungsrat des Kantons Zürich, dass zum Erlass von Notrecht der parlamentarische Weg unmöglich ist oder zeitnah auf einen ausserordentlichen Staatsnotstand reagiert werden muss.

Beides scheint im vorliegenden Fall nicht gegeben zu sein. Es ist fraglich, ob aus dem IPCC-Bedrohungsszenario überhaupt eine unmittelbare Bedrohung für Uster abgeleitet werden kann, welche solche Forderungen oder deren Verhältnismässigkeit legitimieren könnte.

Es erscheint zwar durchaus reizvoll, die Stadt Uster aufzeigen zu lassen, was eine kompromisslose «Climate First!»-Strategie für Auswirkungen auf Verwaltung, Stadtentwicklung, Gewerbe, Wohnen, Freizeit, Vereinsleben usw hätte. Wären beliebte Traditionsanlässe wie der Ustermärt noch möglich? Müsste das Hallenbad geschlossen werden? Dürfte das Rundfahrtschiff in Uster noch anlegen? Wären für Neubauten nur noch Gemeinschaftsküchen zulässig? Wäre angesichts des Ressourcen-Verbrauchs eine Erhöhung der Einwohnerzahl noch zulässig? Soll die Geburtsabteilung am Spital Uster geschlossen werden, da der Verzicht auf ein Kind rund 24x effizienter ist, als der Verzicht auf ein Auto?

Sie sehen, die konsequente Umsetzung hätte massiven Einfluss auf unser tägliches Leben. Die Nutzung des Begriffs Notstand für allgemeine Anregungen und Symbolpolitik ist unlauter. Die SVP/EDU-Fraktion wird die Einzelinitiative daher nicht unterstützen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Die Einzelinitiative erhält 18 Stimmen (Quorum 12) und ist damit vorläufig unterstützt worden.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege je für Bericht und Antrag sowie Moira Spohn, Feldhofstrasse 26, 8610 Uster.**

5 Interpellation 530/2019 von Anita Borer (SVP), Giuseppe Biacchi (SVP), Ali Özcan (SP) und Markus Wanner (SP): Zeughausareal – Wie geht es mit der Mieterschaft weiter?

Von Anita Borer (SVP), Giuseppe Biacchi (SVP), Ali Özcan (SP) und Markus Wanner (SP) ist am 8. Februar 2019 folgende Interpellation eingereicht worden:

Es ist ein parteiübergreifendes Bekenntnis da, das Zeughausareal weiterzuentwickeln. Die bestehenden Mieter benötigen im Zuge dessen eine Planungssicherheit und klare Verhältnisse bezüglich Rahmenbedingungen und Mietpreise. Auch der Mietermix ist für eine vielfältige Zwischennutzung und die künftige Strategie entscheidend.

Wir stellen dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Welche Strategie in Bezug auf die Nutzung des Zeughausareals verfolgt der Stadtrat in der Zwischennutzungszeit? Wie lautet sein Konzept inkl. damit verbundenem Massnahmenplan?
2. Welche Aufgaben nimmt das Kuratorium wahr und per wann?
3. Welche Mieter sind aktuell eingemietet und für wie lange?
4. Welchen Mietermix sieht der Stadtrat vor und wieso?
5. Wie gewährleistet der Stadtrat einen vielfältigen Mietermix bzw. macht das Areal für eine breite Bevölkerung attraktiv?
6. Welche Rahmenbedingungen und welchen Zeithorizont setzt der Stadtrat der Mieterschaft?
7. Welche Leistungsvereinbarungen bestehen?
8. Wie setzen sich die aktuellen Aufwände auf dem Zeughausareal zusammen (Aktualisierung bzw. Konkretisierung der Angaben aus Antrag 102/2017 des Stadtrates)?
9. Wie werden diese Aufwände konkret gedeckt und inwiefern werden sie auf die einzelnen Mieter abgewälzt bzw. in die Miete einberechnet? Bitte um entsprechende nachvollziehbare Aufschlüsselung.
10. Wie setzt sich der Mietertrag zusammen? Gibt es Abstufungen in den Mietpreisen und wenn ja, welche und wieso?
11. Welcher Quadratmeterpreis dient als Grundlage?

Anita **Borer** (SVP) begründet die Interpellation: *Ausgangslage: Das Zeughausareal ist ein strategisch wichtiges Areal. Es ist zentral, gross, und birgt grosses Potenzial. Darum war es das Bekenntnis aller Fraktionen, das Areal weiter zu entwickeln und zu beleben.*

Weshalb haben SP und SVP gemeinsam diese Interpellation eingereicht? Aktuell herrscht eine grosse Unsicherheit, wie es für Mieterinnen und Mieter weitergeht, welche Zwischennutzung von der Stadt konkret ins Auge gefasst wird und welche Perspektiven die aktuelle und künftige Mieterschaft hat. Uns ist wichtig, dass weiterhin eine breite Basis hinter der Entwicklung steht. Das heisst auch, dass diejenigen, die das Areal aktuell nutzen, laufend abgeholt und aktiv in den Entwicklungsprozess einbezogen werden. Dies sind insbesondere die Mieterinnen und Mieter.

Was ist Ziel der Interpellation? Mit vorliegenden Fragen möchten wir mehr Licht ins Dunkle bringen, damit das gemeinsame Projekt auch weiterhin ein gemeinsames Projekt bleibt. Wir wollen Transparenz schaffen: Der Öffentlichkeit aufzeigen, wie es auf dem Areal weitergeht; Arbeitsvergaben sollen offengelegt werden; Kostenaufteilung auf die Mieterschaft und die entsprechenden Mietpreise sollen klar begründet und nachvollziehbar sein.

Allfällige Mittel, die Mieter von der Stadt erhalten oder umgekehrt Investitionen, die Mieter für die Allgemeinheit tätigen, sollen mitberücksichtigt werden. Planungssicherheit geben: Die bestehenden und künftigen Mieter sollen wissen, mit welchen Rahmenbedingungen, welchem Zeithorizont und welchen Mietpreisen sie rechnen können. Areal für alle gewährleisten: Vielfältigen Mietermix gewährleisten; für breite Bevölkerung attraktiv machen

Die Interpellation bedarf der Unterstützung durch 12 Ratsmitglieder (Art. 47a Abs. 1 GeschO GR).

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst:

Die Interpellation 530/2019 erhält 31 Stimmen (Quorum 12) und ist damit unterstützt worden.

Die Stadtpräsidentin, **Barbara Thalmann**, erklärt: *Der Stadtrat wird die verlangte Auskunft schriftlich geben.*

Damit ist das Geschäft vertagt.

6 Postulat 526/2018 von Markus Ehrensperger (SVP), Giuseppe Biacchi (SVP) und Christoph Keller (SVP): Amtliche Publikationen als E-Mail-Newsletter

Von Markus Ehrensperger (SVP), Giuseppe Biacchi (SVP) und Christoph Keller (SVP) ist am 18. Dezember 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob die amtlichen Publikationen der Stadt Uster zusätzlich auch als E-Mail-Newsletter versandt werden können.

Begründung

Der Beschluss des Gemeinderates zur Weisung 5/2018 des Stadtrates war richtig. Neues Publikationsorgan für amtliche Publikationen ist die Website der Stadt Uster. Neben der Kritik zur Zugänglichkeit für Personen ohne Internetanschluss gab es auch Stimmen, die eine Umkehr der Bring- zu einer Holschuld erkannten. Anstatt den nach Hause gelieferten Anzeiger von Uster aufzuschlagen, muss nun aktiv auf der Website nach neuen Mitteilungen gesucht werden.

Um diesen zweiten Kritikpunkt anzugehen, könnte die Stadt Uster einen E-Mail-Newsletter mit Anmelde-möglichkeit anbieten. Interessierte Personen mit einem E-Mail-Konto könnten sich so die amtlichen Publikationen immer aktuell zustellen lassen.

Allenfalls kann sogar eine Abon-nierung nach Kategorien angeboten werden.

Amtliches Publikationsorgan bleibt die Website der Stadt Uster.

Besten Dank für die Prüfung unseres Postulates.

Markus **Ehrensperger** (SVP) begründet das Postulat: *Am 24. September 2018 hat der Gemeinderat Uster der Weisung 5/2018 zugestimmt, die die Website der Stadt Uster als neues amtliches Publikationsorgan festlegt. Aus der Bevölkerung wurden danach insbesondere zwei Befürchtungen geäussert:*

Erstens, dass mit dem Verschwinden der Mitteilungen aus dem Anzeiger von Uster insbesondere die Ustermerinnen und Ustermer ohne Internetzugang von amtlichen und politischen Informationen abgeschnitten werden.

Zweitens, dass der Bevölkerung eine Holschuld aufgezwungen wird, da nun aktiv auf der Website der Stadt Uster nach amtlichen Mitteilungen gesucht werden muss.

Ich habe die zwei Befürchtungen extra ein wenig überdeutlich formuliert. Aber offensichtlich bestehen genau diese Sorgen in der Bevölkerung. Das zeigt sich auch im zustande gekommenen Referendum, über das wir am 19. Mai 2019 abstimmen.

Für mich ist klar, dass die Befürchtungen unbegründet sind und dass niemand im Stadt- oder im Gemeinderat irgendwen vom politischen Leben ausschliessen will. Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber ich habe den Stadtrat damals so verstanden, dass noch immer eine Auswahl von interessanten Meldungen in der Zeitung erscheint und dass der Stadtrat auch auf die Bevölkerung hören will, welche Mitteilungen gewünscht sind. Eine massgeschneiderte Publikation der relevanten Informationen ebenfalls in den Printmedien, die weniger interessanten Meldungen nur im Internet. Nur das Publikationsorgan an sich wird ins Internet verlagert.

Wir müssen der Bevölkerung aufzeigen, dass sie nicht ausgeschlossen wird, sondern dass die politischen Instanzen auch weiterhin kommunizieren. Und dass sich die Ustermerinnen und Ustermer sogar ein individuell massgeschneidertes Paket schnüren können, über was sie informiert werden wollen, zum Beispiel über einen konfigurierbaren E-Mail-Newsletter.

Sie haben es bestimmt bemerkt, bei diesem Postulat geht es gar nicht wirklich um diesen Service, den Sie sich auf der Website der Stadt Uster einrichten können, inzwischen sogar prominent auf der Startseite. Es geht darum, der Bevölkerung die diversen Wege aufzeigen zu können, wie man über Amtliches und Politisches informiert wird. Es geht darum, aufzuzeigen, dass wir niemanden ausschliessen werden. Es geht darum, dass das Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss nicht nötig gewesen wäre und man am 19. Mai 2019 das Referendum getrost verwerfen kann.

In einer ersten Stellungnahme wollte der Stadtrat das Postulat ja nicht entgegennehmen. Wir sind daher gespannt auf seine Ausführungen, wie seine Strategie zur Kommunikation der amtlichen Mitteilungen aussieht.

Die Stadtpräsidentin, **Barbara Thalmann**, nimmt Stellung (Stadtratsbeschluss 51 vom 12. Februar 2019): Am 24. September 2018 haben wir hier im Gemeinderat über das Publikationsorgan diskutiert. Wir waren uns einig, dass es mit Blick in die Zukunft und im Interesse einer schnellen und transparenten Kommunikation sinnvoll ist, die rechtverbindliche Form der amtlichen Publikation auf unserer Webseite zu tätigen. Somit wären alle Informationen an einem zentralen Ort.

Selbstverständlich wurden an der Sitzung auch kritische Voten geäussert: So wurde die damalige Internetseite der Stadt kritisiert oder die Befürchtung geäussert, dass ältere Menschen ausgeschlossen werden könnten. Oder es wurde vorgeschlagen, beides, Internet und AvU als amtliches Publikationsorgan zu belassen. Trotzdem hat der Gemeinderat die Vorlage sehr deutlich mit 27:6 Stimmen angenommen. Ein Entscheid, wie ihn die allermeisten Zürcher Gemeinden bereits gefasst haben. Im Anschluss an diese Ratssitzung wurden Stimmen gegen diesen Entscheid laut und haben schliesslich zu einem Referendum geführt, über das wir am 19. Mai 2019 abstimmen.

Lassen Sie mich kurz ausführen: Wir wissen, Kommunikation spielt sich heutzutage auf vielen Kanälen mit unterschiedlichen Herausforderungen und Ansprüchen ab. Die Vielfalt der Anspruchsgruppen, der Themen, der Botschaften und der Kanäle hat genauso zugenommen wie das Tempo. Die Stadt Uster nutzt heute für ihre Kommunikation das Internet, Zeitungsinserate, Veranstaltungen, Newsletter, Schaukästen und weitere Kanäle. Die Kommunikationskanäle ergänzen sich gegenseitig und werden zielgruppengerecht eingesetzt. Dieses Nebeneinander von analogen und digitalen Kanälen soll auch bleiben. Der Stadtrat ist sehr bestrebt, dass keine Gruppierung von der Information und der aktiven Teilnahme am öffentlichen Leben ausgeschlossen wird. Das heisst aber zugleich auch, dass der Stadtrat sich dem digitalen Wandel nicht verschliessen darf und will.

Der AvU hat nach der Ratssitzung auf der Titelseite in fetten Lettern geschrieben, dass die Stadt nur noch digital informieren werde. Das ist falsch und hat unnötigerweise Teile der Bevölkerung verunsichert. Richtig ist, dass die Stadt die rechtsverbindliche Form ihrer amtlichen Publikation im Internet publizieren will.

Ihren Kommunikationsauftrag wird die Stadt aber engagiert weiter erfüllen und dafür wie bisher auch analoge Kanäle einsetzen. So war von Anfang an klar, dass Baugesuche, Bestattungsanzeigen, Veranstaltungshinweise etc. weiterhin im AvU inseriert würden. Mit der Suchfunktion sind sie auch rückwirkend abrufbar – was bei einer Beige Altpapier nicht immer mit einem einzigen Griff zu bewältigen ist.

Die Befürchtung, dass das Ganze eine Sparübung sei und dem AvU wichtige Gelder entzogen werde, die ihm für einen unabhängigen Journalismus fehlen würden. Auch diese Befürchtung ist falsch: Im Budget sind keinerlei Einsparungen vorgesehen. Im Gegenteil: Der Stadtrat geht davon aus, dass in Zukunft die Kosten für die Kommunikation eher steigen werden. Der AvU kann weiterhin mit Inseraten aus dem Stadthaus rechnen.

Ein weiterer Punkt, auf das sich auch das Postulat bezieht, meinte, dass der Bevölkerung eine Holschuld aufgezwungen werde und sie ihre Informationen selbst zusammen suchen müsse. Auch das ist falsch: Auf der städtischen Internetseite können die amtlichen Informationen, aber auch andere Serviceleistungen kostenlos abonniert werden. Die Bevölkerung erhält damit die gewünschten Informationen wunschgemäss per Mail auf den PC, das Tablet oder das Natel.

Die Abo-Dienste sind ein Angebot und bereits seit dem Jahr 2009 verfügbar. Inzwischen sind es 15 verschiedene Themen, die als E-Mail-Newsletter oder teils auch als SMS bestellt werden können, und zwar von politischen Geschäften über Papiersammlungen, zum Veranstaltungskalender bis zu Abstimmungs- und Wahlresultaten. Auch die amtlichen Mitteilungen sind abonnierbar – geplant und möglich wäre ein Ausbau in verschiedene Kategorien, wenn die Rechtsverbindlichkeit auf die Website verlagert wird.

Dem Seniorenrat haben wir darüber hinaus auch angeboten, dass Personen ohne Internetanschluss die Informationen auch per Post zugestellt werden könnten. Selbstkritisch muss ich zugeben, dass es uns nicht gelungen ist, diese Missverständnisse zeitnah, noch bevor das Referendum zustande kam zu klären. Wir haben den AvU zwar um Richtigstellung gebeten, dieser wollte darauf aber nicht eingehen. Aus welchen Gründen auch immer.

Die Kritik an unserer Webseite haben wir aber ernst genommen und seither zahlreiche Verbesserungen umgesetzt. So funktioniert die Seite heute auch auf dem Mobiltelefon und das Abonnieren der amtlichen Publikationen ist einfacher geworden und besser gestaltet. Sie finden den Hinweis zu den Abo-Diensten ganz zuvorderst auf der Website, und wer Hilfe zur Einrichtung braucht, kann sich jederzeit an die Stadt wenden. Hierzu hat uns auch das Postulat motiviert.

Lassen Sie mich einige Zahlen nennen, die zeigen, dass die Stadt Uster mit ihrer Website bei der Bevölkerung durchaus auf Anklang stösst.

1. Die städtische Seite wird jährlich 500'000 mal besucht.

2. 8'500 Anfragen erreichen uns heute per Internet. Das ist weit mehr als auf dem analogen Weg.

3. 17'000 Personen verfügen heute über ein Benutzerkonto und bestellen über diese die amtlichen Publikationen oder lassen sich an den Häckseldienst erinnern oder reservieren die SBB-Tageskarten etc.

Sie sehen: Das Internet ist bereits Realität und das wichtigste, zentrale Kommunikationsinstrument der Stadt. Und zwar nicht, weil die Stadt das so will, sondern weil sich die Bürgerinnen und Bürger entsprechend verhalten.

Zugegeben – bis dato haben wir ein eher geringe Interesse am E-Mail Newsletter, dies könnte durchaus darauf zurückgeführt werden, dass die Abo-Dienste in der breiten Bevölkerung schlichtweg zu wenig bekannt sind. In dem Sinn erkennt der Stadtrat in der aktuellen Debatte über die Website durchaus auch einen positiven Aspekt. Dank den Amtlichen Publikationen und auch dank dem vorliegenden Postulat hat man selten so intensiv über die Möglichkeiten und Angebote der städtischen Website diskutiert und diese auch darlegen können. Bleibt zu hoffen, dass diese Publicity nun zu einer noch breiteren Verankerung der städtischen Website bei der Bevölkerung führt! Der Stadtrat würde es sich wünschen!

Am 19. Mai 2019 stellt sich nicht die Frage, ob das Internet das zentrale Kommunikationsinstrument der Stadt werden soll – denn das ist es bereits – sondern ob auf diesem zentralen Kommunikationsinstrument auch die rechtsverbindliche Form der amtlichen Publikationen erfolgen soll.

Dass wir unsere Verantwortung gegenüber der älteren Bevölkerung oder der Presse weiterhin wahrnehmen werden, habe ich bereits ausgeführt. Da halte ich Wort. Und dass wir bereits einen Newsletter haben, so wie ihn das Postulat fordert, habe ich auch ausgeführt. Der Stadtrat bedankt sich deshalb für die Anregung der Postulanten, die er teilweise auch übernommen hat, und empfindet, auch wenn es etwas paradox klingt, das Postulat nicht zu überweisen. Wir glauben, das Anliegen erkannt und zu grossen Teilen bereits auch umgesetzt zu haben.

Markus Ehrensperger (SVP): *Vielen Dank an die Stadtpräsidentin für die Ausführungen, die ja vor allem für die Bevölkerung wichtig sind. Wir haben gelernt, dass die Stadt Uster weiterhin kommunizieren will und wird. Und das sogar massgeschneiderter und individueller als bis anhin. Nur das amtliche Organ ist ab jetzt die Website.*

Der Stadtrat will also noch kommunizieren und der Gemeinderat hat dieser Absicht zugestimmt. Wir stellen uns daher die Frage, wie die Befürchtungen in der Bevölkerung aufkommen konnten. Wurde nach aussen zu wenig kommuniziert? Hat sich der Stadtrat unklar ausgedrückt? Was auch immer es gewesen ist, der Stadt- und der Gemeinderat können den Nagel mitnehmen, dass wir sehr präzise und für die Bevölkerung verständlich und nachvollziehbar kommunizieren müssen.

Ich glaube, wir nehmen uns alle an der Nase und versprechen, dass wir unsere Lektion aus den Befürchtungen und dem zustande gekommenen Referendum gelernt haben. Das Referendum können wir am 19. Mai 2019 verwerfen und unser Postulat hat sein Ziel erreicht und wird hiermit zurückgezogen.

Rückzug

1. Das Postulat 526/2018 wird zurückgezogen.

2. Mitteilung an den Stadtrat.

7 Postulat 528/2018 von Ivo Koller (BDP) und Marius Weder (SP): Verkehrssicherheit auf Gschwader- und Winikerstrasse erhöhen!

Das Geschäft wird vertagt.

8 Kenntnisnahmen

Rechtskraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 11. Februar 2019 sind beim Bezirksrat Uster bis 29. März 2019 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

539/2019 von Ivo Koller (BDP) vom 4. April 2019: „Jährlich grüsst der Ustertag“

540/2019 von Richard Sägesser (FDP) vom 5. April 2019: „Stadtrat beschliesst neue Strategie – und vergisst die Finanzen“

Der Stadtrat hat folgende Anfrage beantwortet:

529/2019 von Mary Rauber (EVP), Beatrice Mischol (Grünliberale) und Beatrice Caviezel (Grünliberale) vom 17. Januar 2019: Umfassende Strategie „Frühe Kindheit“ (Stadtratbeschluss vom 2. April 2019)

Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion: Beatrice Caviezel (Grünliberale) ist anstelle von Ursula Räuftlin (Grünliberale) zur Fraktionspräsidentin gewählt worden.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 13. Mai 2019 statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

15.4.2019

Die Präsidentin
Ursula Räuflin

15.4.2019

Die Stimmzähler
Matthias Bickel

Patricio Frei

Balthasar Thalmann